



Polizeieinsatz gegen rechte Demonstranten in Leipzig, NPD-Aufmarsch am Brandenburger Tor: Die Bedeutung der Symbole erkannt, genutzt –

RECHTSRADIKALE

„Jetzt sind Macher gefragt“

Die Bombe von Düsseldorf wurde als neue Qualität der Gewalt empfunden. Jetzt suchen Politiker und Polizisten nach wirksamen Rezepten gegen den braunen Terror. Es soll nicht länger bei Appellen bleiben – der Staat will sich sein Gewaltmonopol von der Straße zurückholen.

Wie eine Naturkatastrophe sei das Unglück über die Deutschen hereingebrochen, klagt Nordrhein-Westfalens Innenminister Fritz Behrens (SPD). Er habe sich sofort an Oderflut und Deichbrüche erinnert. So wie damals „die Republik aufgestanden ist und mit allem Einsatz alles unternommen hat“, so müsse die Nation nun „aufstehen, um diese braune Flut in unserem Land einzudämmen“.

Es geht wirklich um eine nationale Sache, in des Wortes doppelter Bedeutung.

Gerade hat Kanzler Gerhard Schröder triumphierend festgestellt, mit dem Ende des Reformstaus die „German disease“, die deutsche Krankheit, kuriert zu haben, da wird den Deutschen nun ein neues Übel vorgehalten, die „new xenophobia“ („International Herald Tribune“), eine neue Fremdenfeindlichkeit.



Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt gegen Ausländer – die täglichen Schreckensnachrichten aus allen Teilen der Bundesrepublik und die Vorwürfe aus aller Welt drücken die Stimmung im Land der aufstrebenden Global-Player. Die rich-

tige Moral ist selbst in der Industrie gefragt – wer das Betriebsklima mit rechten Parolen stört, soll die Kündigung erhalten.

Vor allem gilt es, das Gewaltmonopol von der Straße zurück zum Staat zu holen. Für die Regierenden in Berlin eine delika-

Braune Wahl?

„Können Sie sich vorstellen, DVU, Republikaner oder NPD zu wählen?“

	Befragte gesamt	West- deutsche	Ost- deutsche	Anhänger von					im Alter von		
				SPD	CDU/ CSU	B'90/ Grüne	FDP	PDS	16 bis 27	28 bis 44	45 und älter
 ja, auf jeden Fall	2	2	3	1	1	–	–	–	3	1	3
 ja, aber nur unter bestimmten Umständen	11	9	20	7	12	16	8	17	19	15	6

Angaben in Prozent; Emnid-Umfrage für den SPIEGEL vom 31. Juli und 1. August; rund 1000 Befragte



und die ganze Welt erschreckt

te Aufgabe: Vom Kanzler bis zum Umweltminister haben sie in ihrer Jugend alle das Gewaltmonopol des Staats am eigenen Leib gespürt – bei Demonstrationen gegen Altnazis, Notstandsgesetze, Vietnamkrieg, Berufsverbote und Atomkraftwerke. Und alle haben sich dagegen aufgelehnt.

Vielleicht haben sie deshalb so lange gezögert, auf die Gewalt von rechts mit voller staatlicher Härte zu reagieren. Doch jetzt wollen die Alt-68er Flagge zeigen. „Beinhart“ will der Kanzler in Sachen Rechtsextremismus sein, jetzt seien „Macher gefragt, nicht Bedenkenträger“.

Der bundesweite Schrei nach einer Mobilisierung gegen rechts ist auch das Eingeständnis, das braune Phänomen zu lange nicht ernst genommen zu haben. Es sei doch nur ein Problem der neuen Bundesländer, hatten sich alle stets beruhigt.

Erst die Handgranate, die am vorvergangenen Donnerstag am Düsseldorfer S-Bahnhof Wehrhahn neun Ausländer, russische Juden zumeist, zum Teil lebensgefährlich verletzte, veränderte die Wahrnehmung total. Sie wurde als ein Quantensprung der Gewalt empfunden. Zehn Jahre nach der Einheit wird dumpfer Fremdenhass, wie er bislang mit Vorliebe als ostdeutsches Stigma begriffen wurde, auch im Westen nicht mehr geleugnet.

Dabei war bis zum Freitagabend vergangener Woche noch nicht einmal geklärt, ob der Attentäter von Düsseldorf tatsächlich zum Dunstkreis der rechten Szene gehört. Drei Verdächtige waren nacheinander ins Visier der Fahnder geraten – doch alle durften nach Vernehmung oder kurzzeitiger Inhaftierung wieder gehen. Ein Militaria-Händler, der sein Geschäft weit des Tatorts betreibt, hatte ein Alibi, ein Rechtsextremist, der getötet hatte, Arbeitslose müssten weggebombt werden, machte „recht widersprüchliche“ Angaben und bleibt deshalb unter Beobachtung. Der Dritte ist ein wegen Sexualdelikten vorbestrafter Fernsehtechniker, der im Ge-

Ministerpräsidenten Gabriel, Stoiber: Verbote prüfen

fängnis angekündigt hatte, aus Rache „ein paar Bomben fliegen“ zu lassen.

Doch auf das tatsächliche Ermittlungsergebnis will jetzt keiner mehr warten. Der Kanzler selbst plant seine zweiwöchige Tour durch Ostdeutschland Ende August in Teilen um – es wird Platz geschaffen für Diskussionen über rechten Terror. Und Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye möchte mit einem Kreis von Unternehmern, Künstlern und Prominenten den rechten Tätern das Definitionsmonopol darüber entreißen, was ein guter Deutscher fühlt, denkt und tut. Arbeitstitel: „Aufstehen, Deutschland! Bündnis für Toleranz“.

Auch jene staatlichen und privaten Initiativen werden gestärkt, die „das Wegschauen abschaffen“ (Behrens), die Zivilcourage fördern und die Ignoranz der Jugendlichen abbauen können. Sie sollen konsequenter als bisher die Auseinandersetzung mit dem rechten Gedankengut in Schulen und Familien antreiben.

Vor allem aber wird die Diskussion der nächsten Wochen an alte Debatten zu RAF-Zeiten erinnern: „Wie viel Staat braucht ein Staat, um sein Gewaltmonopol nicht an die Straße zu verlieren?“

Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) überlegt, den Bundesgrenzschutz in problematischen Orten aufmarschieren zu lassen (siehe Seite 28) und das Waffenrecht zu verschärfen. Zudem wird in der Regierung, anders als Justizministerin Herta Däubler-Gmelin (SPD) öffentlich glauben macht, über Gesetzesänderungen nachgedacht. Am weitesten gehen aber die Länder Bayern und Baden-Württemberg mit ihrer Forderung nach einem Verbot der NPD.

Die Frage nach Sinn und Effizienz eines NPD-Verbotes drohte, Parteien, Juristen und Strafverfolger in zwei Lager zu spalten. Dabei geht es weniger um ideologische Grundsätze denn um ganz praktische Auswirkungen. Die meisten Juristen halten die Beweislage für nicht ausreichend, um vor dem Bundesverfassungsgericht mit dem Antrag durchzukommen. Viele Innenminister glauben, ein Verbot treibe die Neonazis nur in den Untergrund und erschwere so Überwachung und Kontrolle.

Zunächst wollte die Bundesregierung aus Furcht vor einer Niederlage in Karlsruhe, die dann die NPD nur stärken würde, von einem Verbotsantrag nichts wissen. Nach einem Gespräch zwischen Niedersachsens Regierungschef Sigmar Gabriel (SPD) und Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) einigten sich Bund und Länder am Freitagnachmittag, das Problem gemeinsam zu lösen. Eine Kommission soll die Chancen eines Verbotsantrags prüfen.

Sie kann sich dabei auf niedersächsische Vorarbeiten stützen. Dort hatte Innenminister Heiner Bartling (SPD) schon vor Monaten die Möglichkeiten für ein Verbot ausloten lassen. In einem 37-seitigen Vermerk seines Hauses aus dem März heißt es, die vom Bundesverfassungsgericht „geforder-



F. HELLER / ARGUM

ten Merkmale einer Verfassungswidrigkeit sind erfüllt“. Die „Agitation gegen Ausländer, politisch Andersdenkende und soziale Minderheiten“ der NPD sei mit dem „Gleichheitsgrundsatz und teilweise auch mit dem Prinzip der Menschenwürde“ unvereinbar. Vor allem die Nachwuchskader der Jungen Nationaldemokraten (JN), die sich systematisch in Schützenvereinen, Kampfsportschulen und in der Bundeswehr einnisten sollen, dienen der „Etablierung einer Gegenmacht“. Wie einst die NSDAP, urteilen die niedersächsischen Staatsschützer, knüpfte die JN an das „Konzept des nationalrevolutionären Kämpfers vor 1933“ an – da bleibe als „Ultima Ratio“ nur das Verbot.

Die Konsequenz der Politik gründet auf der etwas späten Erkenntnis, dass die rechtsextreme NPD seit vier Jahren von ihrem neuen Vorsitzenden Udo Voigt, 48, von einer mitgliederschwachen, überalterten Partei mit etlichen Holocaust-Leugnern zu einer schlagkräftigen Organisation getrimmt wurde. Für den konservativen CSU-Innenminister Günther Beckstein steht fest: „Die NPD spielt inzwischen eine zentrale Rolle für den gewaltbereiten Rechtsextremismus.“

Voigts Strategie, die radikalen Kräfte im Land gezielt und offensiv zu umwerben, ohne die Partei selbst zur Plattform der Militanz zu machen, ist offensichtlich aufgegangen. Besonders interessant sind für die NPD die „freien Kameradschaften“ und neuerdings auch die stramm neonazistische, weltweit operierende Skinhead-Organisation „Blood and Honour“ (Blut und Ehre). Sie wurden, was der neue Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz Heinz Fromm als „Nahtstelle zum gewaltbereiten Spektrum“ bezeichnet.

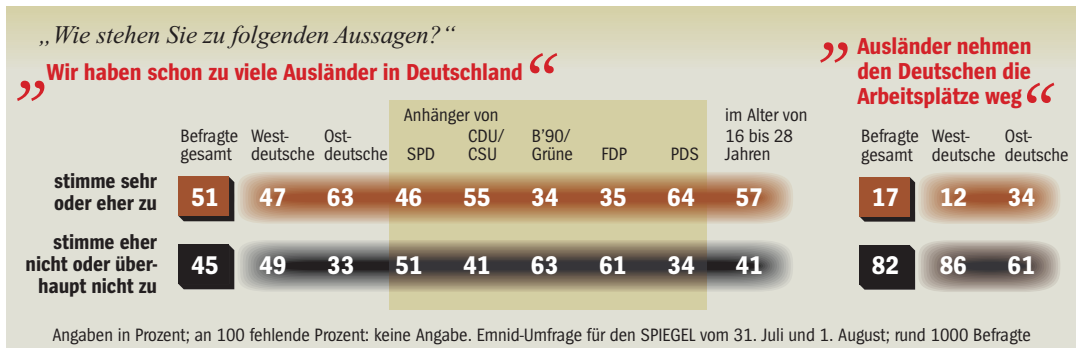
Die Nähe zwischen der vermeintlich biedereren NPD und den militanten Neonazis wird inzwischen ganz offen demonstriert. Beim „2. Tag des nationalen Widerstandes“ in Passau, der größten NPD-Veranstaltung, durfte Blood and Honour ausgerechnet im CSU-Freistaat von Stoiber und Beckstein ebenso agitieren wie die führende Kameradschaft „Nationaler Widerstand Karlsruhe“ und der berüchtigte norddeutsche Szenetreff „Club 88“ – die Zahlen stehen jeweils für den achten Buchstaben des Alphabets und ergeben im Szene-Code „Heil Hitler“.

Die symbiotische Beziehung funktioniert auch in der Realität: Die NPD meldet eine Demonstration an, die Kameradschaften und Blood and Honour sorgen für Präsenz auf der Straße.

* Links: Alberto Adriano, am 11. Juni in Dessau von Skins zusammengeschlagen; rechts: in der ehemaligen KZ-Außenstelle Sandbostel bei Bremervörde.



Beschlagnahmte Waffen von sächsischen Skinheads, Gruppenfoto: Die Hinweise häufen sich,



Die enge Verzahnung ist über Jahre entstanden. Viele der heutigen NPD-Funktionäre waren früher in militanten neonazistischen Vereinen aktiv, bis diese verboten wurden. Danach arbeiteten sie in losen, nicht durch Verbote zu knackenden Strukturen. Gleichzeitig fanden einige wie die Kader Steffen Hupka und Jens Pühse den Weg zurück in die organisierte Partei – und nutzen nun die alten Kontakte.

Allein in Niedersachsen, so eine Studie der Landesregierung, sind 18 dieser freien Kameradschaften aktiv, bundesweit bilden über 150 der hierarchisch klar geordneten, aber nicht als Verein eingetragenen Operationszellen ein mächtiges Netzwerk. Längst ist auch der Osten mit einbezogen.

Blood and Honour bietet der NPD zudem ein ideales Revier, um Nachwuchs zu

rekrutieren. Zwar verfügt die Organisation in Deutschland nur über einen harten Kern von rund 240 Mitgliedern. Doch zu ihren Konzerten kommen bis zu 2000 Sympathisanten, die sich an rassistischem und neonazistischem Liedgut begeistern.

Immer häufiger bieten die Blut-und-Ehre-Schläger auch den Vordenkern der Szene ein Podium. So durfte der rechtsextreme Publizist Claus Nordbruch im Magazin „Die Stimme der Bewegung“ für seine Thesen werben, Waffentipps geben („Zum Nahkampf empfehle ich eine 12er Repetitionsschrotflinte“) und mit einem ganz speziellen Wunsch aufwarten: „Möge jeder nach seinen Fähigkeiten seinen Einsatz bringen. Am Ende steht der Sieg!“

Die Folgen beobachtet Niedersachsens oberster Verfassungsschützer Rolf-Peter

Im Osten getöteter Ausländer, Nazi-Parolen im Westen*: „Null Toleranz“





dass aus dem braunen Klüngel schnell rechtsextremistischer Terrorismus werden kann

Minnier mit Sorge: „Früher war eine sogenannte Vorbeeinflussung nötig, heute reagieren die Täter bei simplen Anlässen von allein.“ Im Klartext: Die neue Organisationsstruktur (siehe Grafik Seite 29) hat dafür gesorgt, dass keine Aufträge zu Straftaten mehr erteilt werden müssen, die Szene heizt sich von allein auf.

Bisher machten alle Politiker glauben, das Problem sei ein rein ostdeutsches. Das Fehlen von 40 Jahren Demokratie wirke in den neuen Ländern nach, die wirtschaftlichen Folgen der Wiedervereinigung täten ein Übriges. Gehe es erst allen Deutschen gut, sei der braune Spuk schnell vorbei.

Doch nun helfen schlichte Erklärungsmuster nicht mehr. Der Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Ludwigshafen, möglicherweise die Granate von Düsseldorf, vor allem aber die Erkenntnisse der Staatsschützer zeigen, dass sich die Szenen in Ost und West angleichen.

Natürlich gibt es in den alten Bundesländern nicht jene „national befreiten Zonen“ des Ostens, in denen Glatzen die Macht in ganzen Stadtvierteln übernommen haben. Doch die Gewalt, die sich bislang meist in Hinterzimmern von Szenetreffs verbal artikuliert, ist längst zu einer realen Gefahr auf der Straße geworden. Der einzige Unterschied: Im Westen wird diese Gewalt viel heimtückischer ausgeübt.

In Celle etwa meldete sich eine „Freie nationale Jugend“ erstmals im Januar via

Internet. Über die eigene, fast täglich aktualisierte Homepage agitiert der braune Nachwuchs gegen Überfremdung und den „roten Terror auf Celles Straßen“. Unter der Regie der Neonazis treffen sich rechte Trupps wie am 24. Juni zur Sonnenwendfeier in Eschede, einem Dorf bei Celle. Das Gelände für die offiziell als „Vereins- und Brauchtumsfeier“ angemeldete Veranstaltung stellte ein Bauer, NPD-Mitglied und nach Einschätzung der Celler Polizei ein „Waffennarr“, zur Verfügung.

Doch nicht immer ist es friedlich. Aus diesem Kreis kamen auch zwei betrunkenen Skinheads, die vor Jahresfrist einen Mann derart zusammentraten, dass das Blut nach Polizeiangaben „bis zu 1,80 Meter hoch spritzte“. Der 44-Jährige, der die Jugendlichen wegen ihrer fremdenfeindlichen Äußerungen kritisiert hatte, starb, für die Celler Polizei war es im Gegensatz zur Einstufung des Verfassungsschutzes keine „politische Tat“. Die Schläger seien, so Polizeisprecher Joachim Lindenberg, „einfältige Jungs, die nicht wissen, was sie tun“.

In der Kommune, deren Oberstadtdirektor sich dafür einsetzte, um ein Heim mit Asylbewerbern eine Mauer zu ziehen, um den angeblichen Drogenhandel zu unterbinden, fühlen sich die Rechten offenbar als Hausherrn. Als ihr Streit mit Antifa-Organisationen eskalierte und die Linken in der Stadt einen Informationsstand aufbauten, schellte bei der Polizei das Telefon,

und ein rechter Rädelsführer blaffte: „Entweder ihr räumt den Stand oder wir.“ Die Polizei schritt erst ein, als die Neonazis ihre Ankündigung wahr gemacht hatten.

In Tostedt, einem Zehntausend-Seelen-Ort in der Nordheide, setzen Blut- und Ehre-Skins die Akzente inzwischen auch nach der neuen Strategie. Vor Jahren noch galt der Tostedter Marktplatz als einzige „national befreite Zone“ im Westen. Heute treffen sich die Rechten freitags in der Marktschänke wie ganz normale Tostedter Bürger zum Stammtisch. „Die etwas andere Kneipe“ steht draußen auf einem Schild. Ihr Anführer, der bekannte Neonazi Sascha Bothe, ein Autolackierer mit zwei Kindern, gilt den meisten im Ort als „anständiger Kerl“. Als Skinheads im März Deutschrussen und Albaner verprügelten, war von der alten Bothe-Truppe niemand dabei. „Man meint, sie sind weg“, sagt Rainer Maaß vom Hauptamt der Gemeinde, „aber das ist ein Trugschluss.“

So wie die offene Gewalt der rechten Schläger von Ost nach West schwappt, so übernimmt der Osten jetzt immer mehr die kaschierte Form der Drohung. In Thüringen verbreitet die „Kameradschaft Gera“ seit Wochen die Steckbriefe zweier Bürger, die „bei fast allen Antifa-Aktionen in vorderster Front“ stünden. Den Tipps, wo die beiden zu finden sind, folgt die Aufforderung, ihnen „Keine Chance“ zu geben – und die scheinheilige Feststellung: „Aus juristischen Gründen machen wir ausdrücklich darauf aufmerksam, dass mit diesem Bericht nicht zu Gewalt- bzw. Willkürakten aufgerufen werden soll.“

Doch bis vor kurzem mochte niemand die Gefahr ernst nehmen. Als Berlins Innensenator Eckart Werthebach (CDU) vor sieben Wochen warnte, dass aus dem braunen Klüngel schnell rechtsextremistischer Terrorismus werden könne, waren die Reaktionen matt. Dabei häufen sich die Vorfälle, die zeigen, dass der Ex-Verfassungsschutzpräsident so falsch nicht liegt.

Erst im Juni wurde in Berlin eine bereits funktionsfähige Rohrbombe im Keller eines Neonazis sichergestellt. Das Material zum Bau einer weiteren lag bereit. Bei seiner Vernehmung räumte der Rechtsextremist ein, er habe die Bombe für brandenburgische Kameraden gebaut, die sie bei einem Anschlag benutzen wollten.

Vier Wochen zuvor hatte der Berliner Staatsschutz nach einem Tipp aus der Sze-

Aaron Conzeldorf, 18,

absolviert ein Freiwilliges Ökologisches Jahr in Dresden: „In den vergangenen beiden Jahren bin ich dreimal von rechten Schlägern überfallen worden. Zuletzt haben mich mehrere Skinheads in der Straßenbahn verprügelt. Sie beschimpften mich als ‚Neustadt-Zecke‘ und schlugen mit den Fäusten zu. Voriges Jahr saß ich mit Freunden auf der Insel im Chemnitzer

Schlossteich, da kamen 50 Glatzen angestürmt. Wir sprangen ins Wasser, um uns zu retten. Die Glatzen warfen uns Steine und Knüppel hinterher. Ich habe Angst. Inzwischen fahre ich in der Straßenbahn nachts nicht mehr allein. Und wenn ich abends in der Neustadt eine Gruppe von Leuten mit kurzen Haaren sehe, biege ich in eine Seitenstraße ab.“

Conzeldorf



S. DÖRING / PLUS 49 / VISUM



C. JUNGBLOTT

Frank L., 37, arbeitet als Straßenbahnfahrer in Potsdam: „Die schlimmsten Fahrgäste sind die Skinheads, wie reißende Wölfe – allein harmlos, aber im Rudel unberechenbar. Kürzlich haben bei mir fünf Skins zwei farbige Jugendliche angegriffen. Ich stoppe sofort die Bahn. Als ich in den hinteren Wagen komme, haben Fahrgäste die

Frank L.

Jungs bereits in Sicherheit gebracht. Das ist ungewöhnlich, denn normalerweise gucken die Leute bloß. Einer der Jugendlichen blutet aus dem Mund. Ein Skin sagt: ‚Der Nigger ist doch selbst schuld, der hat uns getreten.‘ Da packt mich die Wut. ‚Erst saufen, große Schnauze, dann Leute verkloppen, und wenn die Polizei kommt, abhauen‘, brülle ich. Da schlägt mir einer der Skins ins Gesicht.“

- ▶ Bundesgrenzschutz und Bahn verhandeln am Dienstag über eine Ausweitung der Videoüberwachung auf den Bahnhöfen;
- ▶ Zugbegleitern soll ermöglicht werden, mitreisende Skins „mittels eines Codewortes“ anzukündigen. Auf den Bahnhöfen soll die Hotline-Nummer des Bundesgrenzschutzes Bürger animieren, „rechtsextremistische Gewalttätige sofort zu melden“;
- ▶ BGS-Beamte werden zu Zivilcourage im Amt angehalten. Sie sollen nicht wegschauen, sondern „durch Personenkontrollen Präsenz zeigen und so zur Verunsicherung der Szene beitragen“;
- ▶ Polizei und Staatsanwaltschaft werden aufgefordert, einschlägige Straftaten zügig zu verfolgen, die Richter sollen den Taten zeitnah „angemessene Strafen folgen lassen“;
- ▶ Gesetzesänderungen bei den Tatbeständen Schlägerei (Paragraf 231 StGB) und Volksverhetzung (Paragraf 130 StGB) werden geprüft, um einfache Körper-

ne die verdeckte Übergabe eines Scharfschützengewehrs observiert. Als die halbautomatische Waffe, Kaliber 22, samt Zielfernrohr, Schalldämpfer, Schulterstütze und 300 Schuss Munition in den Kofferraum des Autos eines notorischen Nazis verladen wurde, griff die Polizei zu. Der gescheiterte Waffenkäufer gab an, er habe das Gewehr gebraucht, um sich gegen Linke zu schützen.

Viele Politiker fordern wie Außenminister Joschka Fischer ab sofort „Null Toleranz“ für die Schläger. Im Ausland, so der Grüne, könne niemandem verständlich gemacht werden, dass in Deutschland Fremde sterben müssten, weil rechte Schläger mit ihrem sozialem Umfeld nicht zurechtkämen. Allein im ersten Halbjahr 2000 registrierte die Polizei 5223 antisemitische, fremdenfeindliche oder rechtsextremistische Straftaten, ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um fast zehn Prozent.

Anhänger des „Null Toleranz“-Rezeptes, mit dem New Yorks Bürgermeister Rudolph Giuliani seine Stadt säuberte, finden sich inzwischen in allen Teilen der Gesellschaft. Selbst liberale Wissenschaftler wie der Gießener Politologe Claus Leggewie halten den Ruf nach Law and Order für den einzigen Weg, Deutschland vom Rechtsruck zu befreien. Im Zweifelsfalle, so Leggewie, müssten Neonazis demokratische Grundregeln „eingebläut“ werden. Nur wenn der Staat Härte zeige, könne die Zivilcourage der Bürger wachsen.

Leggewie fordert den verstärkten Einsatz der Bundesanwaltschaft, die in diesem Jahr bisher drei Verfahren an sich zog und entschieden vorantrieb. Doch nach einem Signal des Bundesgerichtshofs, die Zuständigkeit „nur in besonders gelagerten Ausnahmefällen“ zu akzeptieren, gilt in Karlsruhe die Linie, „Fälle ohne Todesopfer“ lieber nicht zu übernehmen.

Hinzu kommt, dass die Länder das Eingreifen des Generalbundesanwalts nicht gern sehen. Thüringens Justizminister Andreas Birkmann (CDU) lamentiert, das bringe mehr negative Schlagzeilen. Die werden noch verstärkt, wenn etwa das Oberlandesgericht Rostock im Urteil zu einem der drei Verfahren Zweifel äußert,

„ob die Sicherheitsorgane in ausreichendem Maße fähig und entschlossen sind, ausländische Mitbürger und die ihnen garantierten Rechte zu schützen“.

Tatsächlich sind Pannen wie die am vergangenen Wochenende in Eisenach, wo Skins zwei Afrikaner verprügelten und durch die Stadt jagten, keine Seltenheit. Der Bundesgrenzschutz hatte die Polizei bereits eine Stunde vor dem Angriff über die bevorstehende Ankunft der Schläger informiert – der Hinweis wurde vom Dienst habenden Oberkommissar ignoriert.

Den ersten Versuch, die Effizienz der Einsatzkräfte zu erhöhen, unternahm am vergangenen Dienstag eine Runde von Staatssekretären im Kanzleramt. Sie beschloss eine Reihe schnell umzusetzender Maßnahmen, die, so Kanzleramtschef Frank-Walter Steinmeier, „den gesellschaftlichen Ächtungsprozess vorantreiben“:

Der Schüler, 16,

aus einem Gymnasium in Süddeutschland möchte mit Rücksicht auf seine Eltern nicht mit eigenem Namen für seine Ansichten einstehen: „Wenn ich einem Neger ins Gesicht sehe, denke ich automatisch, ‚der muss doch schlecht sein‘. Meine Eltern sind links. Seit ich elf bin, zähle ich mich zu den Rechten. Ich bin da über die Musik der Böhsen Onkelz reingekommen. Ich will größer sein als die All-

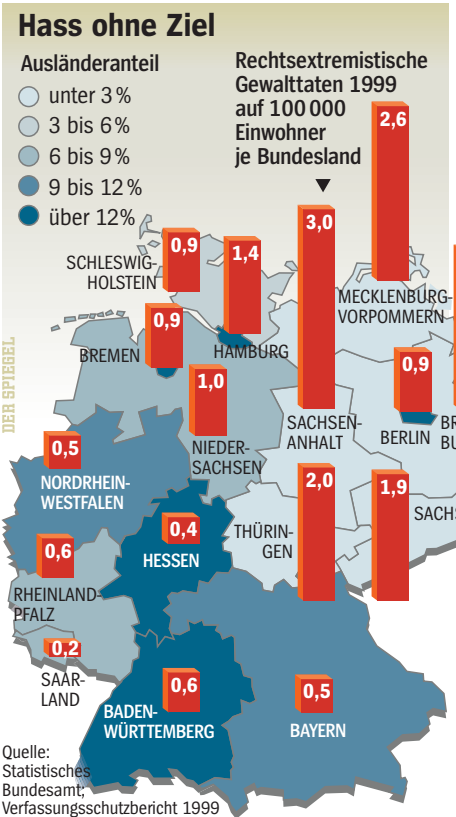
verletzungen und die Veröffentlichung so genannter Todeslisten unter Strafe zu stellen.

Den Katalog könnte auch einer verfasst haben, der noch vor wenigen Monaten als Relikt einer überkommenen Linken angefeindet wurde: Umweltminister Jürgen Trittin. Doch in Sachen Rechtsextremismus

hat der Grüne inzwischen alle überholt. Er propagiert unermüdlich das „Ende der Liberalität“, ist als bislang einziges Mitglied des Schröder-Kabinetts für ein NPD-Verbot und erklärte die Entschlossenheit seiner Partei in der Koalitionsrunde so: „Da nehmen wir das Wort Repression in den Mund, auch wenn viele Grüne da erst mal zusammenzucken.“

Offenbar hat er da seine Klientel unbewusst richtig eingeschätzt. Das ungewöhnlichste Ergebnis der SPIEGEL-Umfrage zum Thema Rechtsextremismus lieferten die Grünen: 16 Prozent ihrer Wähler können sich auch vorstellen, eine rechte Partei wie DVU, Republikaner oder NPD zu wählen.

Nichts kann die Veränderung in Gesellschaft und Politik besser dokumentieren: Wo alle ihr Heil in der Mitte suchen, geht die frühere Bandbreite der Parteien verlo-





Festnahme eines randalierenden Neonazis: Die Szene heizt sich von allein auf

S. ALTHOFF



H.-G. MERKEL

tagsmenschen, ein Herrenmensch. Dass es in Ostdeutschland so viele Rechte gibt, finde ich klasse. Da sieht man, dass die Linken dort die Menschen nicht brechen konnten. Mein Lehrer hat mich eingeladen in seinen ‚Arbeitskreis gegen rechtsextremistische Gewalt‘. Da habe ich gesprochen. Der Lehrer hat gesagt, er sei fasziniert von meinem Mut.“

Schüler, Lehrer

ren. Jeder kann jeden wählen – und fühlt sich damit überall demokratisch legitimiert.

Also hatte Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) doch Recht, als er schon früh feststellte, der Rechtsextremismus komme „aus der Mitte der Gesellschaft“. Während das offizielle „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ mit allerlei Prominenz in der Berliner Staatsoper nach Gutsherrenart ausgerufen wurde, ist der Ostdeutsche als Einziger aus der großen Politik seit Monaten vor Ort gewesen. Thierse hat Anti-Rechts-Initiativen besucht, die Gesellschaft zur Zivilcourage ermuntert und Politiker ermahnt, die braune Gefahr ernsthaft zu bekämpfen.

Seine Vorschläge könnten gemeint gewesen sein, als Trittin nun kritisierte, der „klassisch sozialarbeiterische Ansatz“ als Gegenstrategie habe sich als Fehler entpuppt. Doch selbst mit noch so viel Staatsmacht ist in den Köpfen der immer jünger werdenden Rechten keine Ordnung zu schaffen – ohne die von Thierse eingeforderte geistige Auseinandersetzung läuft der rechte Nachwuchs in Ost und West weiter ungebremst den Neonazis nach.

Denn es hat sich zwischen Ost und West eine seltsame Gemengelage ergeben.

Während sich im Osten das rechte Gedankengut eher in den einfachen sozialen Schichten ausbreitete, begann im Westen, allerdings nicht nur in Deutschland, das leichte Spiel der Popkultur mit Versatzstücken der Nazi-Ikonografie.

Modeschauen in Mailand und Paris bedienen sich lässig bei der Symbolsprache von Konzentrationslagern und Nazi-Emblemen. Der Design-Experte Erik Spiekermann etwa glaubt, bei den Nazis „das beste und erfolgreichste Corporate Design“ entdeckt zu haben: „Hunderte von Millio-

nen in wenigen Jahren gleichzuschalten, das ist doch stark.“

Das Paradoxe daran: Auf unterschiedlichen Wegen kommen dumpfe Basis und Intelligenz zum gleichen Ergebnis – je weniger die vom Nazi-Terror direkt Betroffenen werden, desto klarer beginnen die alten Legenden und Mythen zu strahlen.

Ebenfalls als Verbindung in die rechte Szene wirkt die Musik. Verfassungsschützer bezeichnen den Rechtsruck inzwischen als „Einstiegsdroge“, die auch noch nicht politisierte Jugendliche anziehe.

Die Bands heißen Zyklon B, Gestapo oder Zillertaler Türkenjäger, und sie singen so selbstverständlich vom Rassenhass wie andere von der „Fiesta Mexicana“. Die Reime brennen sich dann in den Köpfen ein. Die Jugendlichen, die in Eggesin am Stettiner Haff zwei Vietnamesen zusammenschlugen, grölten immer wieder: „Fidschi, Fidschi – gute Reise!“. Es ist der Titel ihres Lieblingsongs.

Die Bedeutung der Symbole hat auch die NPD begriffen. Deshalb feiert sie ihren größten Coup im Internet. „300 NPD-Demonstranten“, tönen die Rechten da, hätten mit dem Marsch im Januar durch das Brandenburger Tor „mit der Legende“ aufgeräumt, „in Berlin könnten nur linke Gruppen demonstrieren“.

Das Bild von den rechten Horden in voller Montur mit knatternden Parteifahnen und Trommeln konfrontierte erstmals die Welt mit dem inzwischen gesamtdeutschen Rechtsextremismus – und schürte die Furcht vor einem militanten nationalistischen Größenwahn der Wirtschaftsmacht Deutschland.

Inzwischen organisieren die Rechten den Export des Rassenhasses. Ende Juni beschloss der NPD-Vorstand auf einer Geheim Sitzung, in der Schweiz einen Ableger zu gründen. Danach, kündigte Parteisprecher Klaus Beier an, werde man nach Österreich und Südtirol expandieren: „Generell wollen wir allen Menschen deutscher Sprache und deutscher Kultur eine politische Heimat geben.“

JÜRGEN HOGREFFE, GEORG MASCOLO, IRINA REPKE, ACHIM RUST, STEFFEN WINTER, CHRISTOPH MESTMACHER, HEINER SCHIMMÖLLER

Polizeikommissar Gromotka, 37,

arbeitet beim Landeskriminalamt Berlin, sein Szene-Deckname lautet „Grobi“. Wird sein richtiger Vorname bekannt, muss er um seine Sicherheit fürchten: „Ich gehöre seit acht Jahren zu einer Spezialeinheit zur Bekämpfung des Rechtsextremismus. Mein Job ist es, die Szene in Schach zu halten. Dazu gehe ich zu Aufmärschen und Parteiveranstaltungen. Ich diskutiere mit den Rechten, sage, wann sie sich strafbar machen. Man mag einander nicht, aber respektiert sich. Ich kenne ihre Ge-

Gromotka

sichter, ihre Gesinnung und weiß oft, was sie als Nächstes planen. So können wir manches verhindern. Sie haben mir schon oft gedroht: ‚Wenn wir dich allein erwischen, machen wir dich fertig.‘ Aber man muss ihnen entgegen-treten. Wer Angst hat, hat schon verloren.“

